



Dat Pöggskén

ZEITUNG DER GRÜNEN TELGTE & WESTBEVERN

**Guten Tag,
liebe Leserin
und lieber
Leser.**

Jakob Augstein sagte vor einem halben Jahr, die Grünen seien inzwischen eine Art CDU mit Insektenschutzprogramm. Auch wenn der Vergleich mit der CDU eher abwegig ist, entpuppt sich, was launig gemeint war, als prophetisch. Vor einem halben Jahr hatte sich noch nicht rumgesprochen, dass die Masse der Insekten regional in den letzten 30 Jahren um bis zu 80 Prozent abgenommen hat, der Begriff „Neonotinoide“ war unbekannt und von Einstein wurde alles mögliche zitiert, nur nicht der Satz „Wenn die Bienen verschwinden, hat der Mensch noch vier Jahre zu leben“. Augstein hat, ohne es zu ahnen, eines der heftigsten Probleme benannt, das uns richtig auf die Pelle rückt. Hätte er den Klimaschutz noch erwähnt, könnte er sich einen Bart wachsen lassen. Wenn wir uns um diese beiden Probleme nicht schnell und effizient kümmern, brauchen wir auch über Wirtschaft, Verbraucherschutz, Infrastruktur und Bildung nicht mehr lange nachdenken.

Wir kommen da jetzt übrigens nicht durch Zufall drauf, sondern weil wir es für wichtig halten, Sie genau vor der Bundestagswahl diese Dinge aufmerksam zu machen.

Wir wünschen Ihnen und Euch ein oder zwei nachdenkliche Stunden mit dem neuen Pöggskén.

Ihre Pöggskénredaktion

**UMWELT IST
NICHT ALLES.
ABER OHNE UMWELT
IST ALLES NICHTS.**



DARUM GRÜN.

Zweitstimme
Grün!

PRO & KONTRA

Abriss und Neubau des Rathauses?

Seit einigen Wochen wird in Telgte der Initiativvorschlag einer Architektengruppe diskutiert, nach dem das Rathaus abgerissen und durch einen Neubau im Westen der Altstadt ersetzt werden soll. Ein „Pro und Contra“ zu der Idee auf Seite 9.



Am 24. September wird der Bundestag neu gewählt

„Umwelt ist nicht alles, aber ohne Umwelt ist alles nichts“, diesen eindringlichen Satz hat der GRÜNE Ortsverband als Hauptmotiv zur Bundestagswahl für Telgte ausgewählt.

„Die Herausforderungen des Klimawandels sind seit vielen Jahren bekannt und werden inzwischen auch in

den Programmen der maßgeblichen Parteien gewürdigt“, so Marian Husmann, Sprecher des Ortsverbandes, „gleichwohl sind in den vergangenen Jahren keineswegs die entschlossenen Schritte unternommen worden, die notwendig sind, um den nachfolgenden Generationen dieser Erde, Deutschlands

und auch Telgtes die Existenz zu sichern. Wir stellen diese Themen in unserem Wahlkampf schlicht deshalb in den Vordergrund, weil wir sie für die wichtigsten, eben für existenziell halten.“

Der Kreisverband Warendorf war durch die Telgter Uli Schlösser und Gerd Klünder auf der Bundesdele-

giertenkonferenz vertreten, auf der drei Tage lang über alle Bereiche des GRÜNEN Programms diskutiert und teils heftig gerungen wurde. Die Ergebnisse finden Sie, zugespitzt auf 24 Ziele, auf den Seiten 6 und 7 dieser Zeitung.

Land in Sicht!

Neuer Standort im Norden entspannt die Kitasituation

Im letzten Pöggskén haben wir von der schwierigen Entscheidung bzgl. der Auswahl zwischen verschiedenen, und einigen nur sehr begrenzt geeigneten Kita-Standorten berichtet. Im Ergebnis ist beschlossen worden, dass eine neue 5-Gruppen-Einrichtung im Telgter Süden, angrenzend an das geplante neue Baugelände, beschlossen worden ist. Wohl wissend, dass eine neue Einrichtung auch kurzfristig den Bedarf in Telgte nicht abdecken wird. Im Frühjahr ist nun neuer

Wind in die Angelegenheit gekommen: Ein neuer Standort am Fürstendiek im Telgter Norden ist kurzfristig ins Gespräch gekommen. Nach einer Anwohner*innenversammlung sind auch die ersten politischen Beratungsprozesse bereits einstimmig abgeschlossen.

Der neue Standort verspricht einige Vorteile: Die Verfügbarkeit des Grundstücks, ein eher unkompliziertes Genehmigungsverfahren und vor allem im bisher eher unterversorgten Norden die Chance auf eine

3-Gruppen-Einrichtung.

Diese könnte sogar noch vor dem Standort im Süden an den Start gehen. Bedenken der Anwohner*innen richteten sich vorrangig auf eine sichere verkehrliche Erschließung, auf die in der weiteren Planung eingegangen werden soll.

Das wäre eine echte Entlastung für die in den letzten Jahren stets angespannte Versorgung an Betreuungsplätzen, die immer nur durch erhebliche Überbelegungen und Übergangslösungen gesichert werden konnte und



Bild: t.s.

lange Unsicherheiten bei den Eltern nach sich zog: Zwei Kitas, die innerhalb der nächsten 2-3 Jahre „ans Netz“ gehen könnten!

k.m.

Liebe Telgterinnen und Telgter,

ja, es ist schon wieder so weit. Nach der Wahl ist vor der Wahl und ich möchte mich heute bei Ihnen vorstellen. Mein Name ist Marion Schniggendiller, ich wohne mit meiner Familie in Everswinkel-Alverskirchen und bin Ihre Grüne Direktkandidatin für den Kreis Warendorf.

Meine politischen Schwerpunkte zur Bundestagswahl lauten „mehr Ökologie“ und „mehr soziale Gerechtigkeit“. Beides ist untrennbar und nur mit grüner Politik verbunden, die ich aus Überzeugung vertrete. Das Motto „Handeln statt Reden“ ist für mich Programm. Denn geredet und eben nicht gehandelt, das hat die große Koalition in den letzten acht Jahren ihrer Regierungsverantwortung genug.

Die Pariser Klimaziele sind in weite Ferne gerückt, der Co2-Ausstoß ist so hoch wie im Jahr 2009 und nun ächzen wir, wirtschaftlich

und gesundheitlich, unter den Folgen von Dieselgate. Die Bundesregierung hält an alten Technologien fest und läuft Gefahr, heute die Arbeitslosigkeit von morgen zu produzieren. Denn eines ist sicher: Das Silicon Valley, China und auch Skandinavien investieren schon jetzt in zukunftsfähige Technologien und werden sich auf die Pole-Position der Elektromobilität setzen.

Gleiches gilt beim Umweltschutz: Massentierhaltung, Monokulturen und ungehemmter Pestizideinsatz belasten Böden, Gewässer und unsere Gesundheit. Der Rückgang der Artenvielfalt auf vielen Ebenen ist erschreckend. Auch hier sind andere Länder Vorreiter. Frankreich hat gefährliche Neonicotinoide schon verboten.

In den letzten 12 Jahren ist die Schere zwischen arm und reich immer größer geworden. Die Bundesregierung will diese Situation weiter



verschärfen. So ist z.B. jetzt schon geplant, Mittel für Langzeitarbeitslose zu kürzen. Gleichwohl wird Voll-

beschäftigung angestrebt. Viele Menschen werden in schlecht bezahlte Leiharbeit gedrängt, oder werden

mehrfach prekäre Beschäftigungen annehmen müssen. CDU - Generalsekretär Peter Tauber spricht aus, was möglicherweise Leitbild seiner Partei ist: "Wenn sie etwas Anständiges gelernt hätten, dann bräuchten sie keine drei Minijobs." Zitat Ende. Viele Menschen wenden sich enttäuscht von so einem unwürdigen Politikstil ab und wenden sich Populisten zu.

Liebe Telgterinnen und Telgter, wir Grüne haben da ganz andere Ansprüche für unser Land. Wir möchten eine sozial-, bildungs- und beschäftigungspolitische Offensive. Lassen Sie sich mitnehmen in eine intakte Natur und in Städte, in denen wir und unsere Kinder noch saubere Luft zum Atmen haben.

Sie haben die Wahl: am 24.09.2017

Ihre Direktkandidatin
Marion Schniggendiller
Bündnis90/Die Grünen

Akzeptanz, Gelassenheit und Optimismus

Ein Wort zum Schulanfang

Die Schule fängt wieder an. Für viele, Eltern und Kinder, ein durchaus schönes Ereignis. Ein strukturierter Alltag kehrt wieder, das Kind trifft seine Freunde, erhält viele neue Anregungen, lernt spannende Dinge hinzu...

Nur nicht für alle sieht der Blick auf die Schulzeit so aus. In manchen Familien beginnen wieder die Dramen, Streit um die Hausaufgaben, Kinder, die nur noch mit Bauchschmerzen in die

Schule gehen, Kinder, die unglücklich sind und wirken, Eltern die zerrissen sind vor Sorge um das Wohlergehen des Kindes und seine Zukunftsperspektiven.

Und dann?

Es ist leichter mit hohem Schulabschluss und guten Noten, ja! Aber wenn es doch nun mal nicht so ist? Es ist auch möglich an Schwierigkeiten zu wachsen und krumme statt gerade Wege zu gehen. Schauen Sie sich mal um und fragen nach:

Haben alle Menschen, die für Sie erfolgreich sind, einen geraden Lebensweg ohne Schwierigkeiten? Vermutlich manche ja, manche nein. Nichts davon ist besser oder schlechter, nur anders.

Wie aber kann der Weg gelingen? Unter erschwerten Bedingungen, wie vielleicht einer LRS (Legasthenie), Dyskalkulie oder anderen Problemen?

Hier taucht der Begriff der Resilienz auf. Er beschreibt die Fähigkeit eines Menschen, an Belastungen nicht zu zerbrechen, wie ein starres Material, sondern elastisch zu sein. Zwar durch

Belastungen eingedrückt und bedrückt zu sein, dann aber in der Lage, auch wieder die eigene Form zu gestalten, einen veränderte Form rund um die Belastung einzunehmen.

Wie aber kann das gelingen?

Es braucht Akzeptanz, Gelassenheit und Optimismus, das sind die Säulen der Resilienz. Dann kann es gelingen, Verantwortung zu übernehmen, Beziehungen, Umwelt, die Zukunft zu gestalten, wirksam zu sein, Lösungen zu finden, selbstbestimmt zu handeln.

Ihr Kind ist nicht gut in der

Schule, na und?

Fragen Sie Ihr Kind, fragen Sie nach. Was will es selber denn? In der Schule, im Leben? Wie sieht es selbst seine Lage? Möchte es Unterstützung? Wenn ja, welche? Wo bei?

Sie, der Erwachsene können Impulse setzen, Anregungen geben und vor allem ein Vorbild sein, beantworten muss ihr Kind diese Fragen, denn ihr Kind muss sie auch umsetzen, die Ziele, die es sich setzt.

Sie, der Erwachsene, sind dafür da, bei der Umsetzung zu helfen, ihr Wissen und ihre Erfahrung dem Kind nutzbar zu machen.

Und bleiben Sie gelassen: Schule ist nur Schule, das Leben ist weitaus mehr. Und Ihr Kind ist, wie jedes Kind, genau so richtig, so wie es ist:

Ich wünsche Ihrem Kind und Ihnen ein möglichst entspanntes Schuljahr!

Agneta Thanisch
Lerntherapeutin in Westbevern-Vadrup

Möbel für Anspruchsvolle



Innenausbau
Bau- und
Möbeltischlerei

Andreas Fiege

Beratung • Planung • Fertigung • Montage

Exklusiver Innenausbau	Küchen- und Badmöbel
Einbaumöbel	Schiebetürsysteme
Fenster und Türen	Restaurierung
Massivholzmöbel	Sonderanfertigungen

Berdel 30 • 48291 Telgte
☎ 0 25 04/71 42 • Fax 0 25 04/7 27 89



• Photovoltaik
• Thermische Solaranlagen
• Pelletheizungen
• Prüfung von Solaranlagen

• Verkauf • Beratung • Planung • Montage •

W. Schneider-Reif
Kleikamp 2
48351 Everswinkel

Tel.: (0 25 82) 90 22 16
Fax: (0 25 82) 90 21 65
solar-konzept@f-online.de
www.solar-konzept.net

Bürgerstuben sind „Mittendrin“



Nicht nur mit einem neuen Namen, auch konzeptionell neu aufgestellt will die mit-

tendrin-telgte GmbH im September die bisherigen Bürgerstuben wieder eröffnen.

Mit den Umbauarbeiten zielen Nicholas Jünemann, Manuel Wolf und Mario

Carretero auf ein offenes, helles Ambiente, die saisonal wechselnde Speisekarte soll Akzente mit Fischgerichten und im vegetarischen Bereich setzen, wo möglich unter Verwendung regionaler Produkte. Zusätzlich soll ein Cateringservice aufgebaut werden.

Als Konkurrenz zu anderen gastronomischen Betrieben sieht Wolf sich nicht, „eher als Ergänzung des Angebotes in Telgte. Wenn die Leute erst mal im Zug nach Münster sitzen, hat hier keiner mehr was davon“. Entsprechend sind verstärkt Events vorgesehen,

Livemusik, DJ's, auch Parties im Bürgerhaus. „Das sind erstmal die Ideen“, so Niclas Jünemann, „aber natürlich müssen wir auch ausprobieren, was angenommen wird.“

Das „Mittendrin“ soll täglich ab 16.30 geöffnet werden, der Ruhetag bleibt auf dem Dienstag.

„Ach ja“, so Wolf zu Schluss des Gesprächs, „die Kegelbahn ist renoviert und es sind noch Termine frei. Das könnt Ihr ruhig schreiben. Und auch, dass wir noch Aushilfen suchen.“

Der Pachtvertrag läuft zunächst über fünf Jahre, wir sind gespannt.

Text und Bild: g.k.

Vierzügig in die Zukunft

Sekundarschule wird der Realität angepasst

Im Februar ging die Bombe hoch - an der Sekundarschule haben sich zu viele Kinder für die drei Eingangsklassen angemeldet. Insgesamt 87 Schülerinnen und Schüler wollen nach den Sommerferien die Sekundarschule besuchen - acht Kinder zu viel für die drei Klassen.

Das besonders Dramatische dabei: Da Telgte seit Bestehen der Sekundarschule auch Kinder aus Handorf beschult und auch hier die Geschwisterkindregelung greift, hätten acht Telgter Mädchen und Jungen abgewiesen werden müssen.

Nach Wochen des Zitterns

kam dann ein positives Signal von der Bezirksregierung: Für das Schuljahr 2017/18 wurde es der Telgter Sekundarschule gestattet, eine vierte Eingangsklasse als Überhangklasse zu bilden. Somit musste keines der angemeldeten Kinder abgewiesen werden.

Auf die Dauer aber keine zufriedenstellende Lösung: Gerade um den Telgter und Handorfer Eltern Planungssicherheit zu geben, ist es notwendig, dass die Sekundarschule dauerhaft vierzügig wird. Somit hat der Schulausschuss und anschließend der Rat vor den Sommerferien einstimmig die „Ermäch-

tigung zur Einleitung des Antragsverfahrens für die Erhöhung der Zügigkeit der Sekundarschule“ beschlossen. Soll heißen, dass auf Grundlage dieser Ermächtigung die Bezirksregierung Münster die Sekundarschule Telgte auf vier Klassen pro Jahrgang erweitern darf.

Auch für die Schule ist das eine sehr erfreuliche Nachricht, denn eine reguläre Vierzügigkeit bedeutet auch eine bessere personelle Ausstattung im Vergleich zu einer nachträglich eingerichteten Überhangklasse.

b.sp.

Mit Vollgas durch die Fußgängerzone

Nicht erst seit der großen Orkottenbaustelle nimmt der Durchgangsverkehr durch die Telgter Innenstadt drastisch zu. Nicht nur in Voßhof und Grabenstraße führt dies zu vermehrten und berechtigten Beschwerden der AnwohnerInnen, sondern auch die AnwohnerInnen der Ems- und Steinstraße beklagen zunehmenden Verkehr.

Das Brisante hieran ist, dass es sich bei Ems- und Steinstraße um Fußgängerzonen handelt, die lediglich von Fahrrädern und Taxis durchquert werden dürfen.

Der Lieferverkehr ist von 18 bis 10 Uhr freigegeben. Doch diese Regelung übersehen zunehmend mehr Autofahrer. Während der Nachtstunden dürfte der ein oder die andere AutofahrerIn hier auch schonmal die 30 km/h Grenze überschreiten. Tagsüber kommt es mitunter zu brenzligen Situationen, wenn AutofahrerInnen glauben, Kinder oder Senioren von der Straße hupen zu müssen. In einer Fußgängerzone!

Eine Lösung für dieses Problem ist leider zeitnah nicht absehbar. GRÜNE Anträge, versenkbare Poller in der

Fußgängerzone zu errichten wurden nicht angenommen. Für die Überwachung des fließenden Verkehrs ist die Kreispolizeibehörde zuständig, die aber so gut wie nie vor Ort ist. Eine wirkliche Lösung dürften tatsächlich nur versenkbare Poller darstellen, die von Lieferverkehr und Taxis versenkt werden können und Rettungsdienste am Martinshorn automatisch erkennen. Wie auch immer eine Lösung aussehen wird, ein so weiter wie bisher kann es nicht geben! Wir bleiben auf jeden Fall am Ball.

m.h.

Kontaktadressen

Ortsverband:
Marian Husmann
Tel: 9 33 51 36

Ratsfraktion:
Sabine Grohnert
Tel. 7 70 96



NEUE TERMINE AUF WWW.TANGO-TELGTE.DE



- ✓ Fachpflege rund um die Uhr
- ✓ Mobilitätshilfe
- ✓ 1:1 Betreuung

Fordern Sie unseren Prospekt an oder informieren sich im Internet:

Urlaub & Pflege e.V.
Voßhof 10
48291 Telgte

Tel.: 02504 – 73 96 043

Mail: post@urlaub-und-pflege.de
Home: www.urlaub-und-pflege.de

„Wenn die Bienen verschwinden, hat der Mensch noch vier Jahre zu leben.“

Albert Einstein

Als Einstein das 1949 sagte, war die Welt zumindest in dieser Hinsicht noch in Ordnung. Inzwischen ist sie das aber nicht mehr.

Das rätselhafte Bienensterben ist bereits seit einigen Jahren Thema in den Medien.

Und verantwortlich gemacht wird dafür hauptsächlich die Infektion von Bienenvölkern mit Varroamilben.

Relativ neu ist allerdings die Information, dass insgesamt die (Bio)masse der Insekten erheblich abgenommen hat. Langzeituntersuchungen ergeben, bei regionalen Unterchieden, einen Rückgang bis 80 Prozent innerhalb der letzten 30 Jahre in vielen Regionen in Deutschland, so auch in Nordrhein-Westfalen, und das ist ein überdeutliches Alarmsignal.

Das Problem ist dabei natürlich nicht der Honig, auf den wir, wenn auch nicht gerne, notfalls verzichten

können. Schwieriger wird es aber schon in der Landwirtschaft: Während Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln, Getreide, auch Mais selbst- oder Windbestäubend sind, brauchen Sonderkulturen, Erdbeeren, Spargel, Obst-



plantagen und Gemüsesorten Insekten, am besten Bienen, weil die am fleißigsten sind.

Das wirkliche Problem aber entsteht in der freien Natur mit ihrem undurchschaubaren und größtenteils auch unerforschten Geflecht

aus Symbiosen, wechselseitigen Abhängigkeiten und Nahrungsketten. Insekten bringen eine begrenzte Bestäubungsleistung.

Wenn ihre Menge zu gering wird, können Arten verschwinden, Lebensräume

und ganze Systeme zusammenbrechen. Die Zusammenhänge sind so wenig erforscht, dass die Wissenschaft die Auswirkungen nicht abschätzen kann.

BAYER sieht die Ursachen in harten Wintern, bei

der Varroa-Milbe, vereinzelt auch in dem unsachgemäßen Einsatz von Pestiziden. Das Landwirtschaftsministerium erkennt zwar die Schwere des Problems, bezieht es aber auch nur auf die Landwirtschaft und liegt in der Analyse nicht weit von BAYER entfernt.

Die restliche Fachwelt verweist auf das Zusammenspiel von Flächenverbrauch, Pestiziden, Insektiziden, Überdüngung und Monokulturen.

Zum Glück (für die Agrarindustrie) kann gerade das Zusammenspiel nicht bewiesen werden und für die Zulassung von Insektiziden genügt es, wenn 50 Prozent der Bienen den Kontakt überleben. Unglaublich! Dabei wird der Zusammenhang zwischen intensiver Landwirtschaft und dem Rückgang von Insekten schon durch die räumlichen Übereinstimmungen klar.

Eine besondere Rolle spie-

len dabei die Neonikotinoide, mit denen das Saatgut behandelt wird. Zwar wird das Gift dadurch nicht mehr auf die Pflanzen gespritzt, dafür befördert die Pflanze es aber permanent in ihre Blüten, so dass Bestäuber dauerhaft geringen Dosen ausgesetzt sind. Das schädigt das Immunsystem von Bienen und hat mit hoher Wahrscheinlichkeit auch negativen Einfluss auf die Orientierungsfähigkeit und Kommunikationsfähigkeit.

Leider ist es eher unwahrscheinlich, dass das Problem im Streit zwischen Interessensverbänden rechtzeitig gelöst wird. Chemiekonzerne werden sich ohne Rücksicht auf Verluste durchklagen und die Landwirtschaft wird so lange an dem Ast sägen, auf dem sie sitzt, bis er ab ist. Es bedarf entschlossenem und verantwortungsbewusstem staatlichem Handeln. Schnell!

g.k.

Der Biss in den Apfel

Stürme, Starkregenereignisse, Hitzewellen und lange Trockenphasen. Längst ist in unserem Alltag angekommen, was Klimaforscher*innen seit Jahrzehnten als Folgen des Klimawandels voraussagen und beschreiben.

Am 18. Juli 2017 warnte das Ifo-Institut davor, Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor ab 2030 keine Zulassung mehr zu geben. Hauptargument für diese Warnung ist die Abschätzung, dass durch

ein Ende des Verbrennungsmotors 600.000 Arbeitsplätze gefährdet werden. Was ist das für eine Argumentation?

Offensichtlich verlangt das Institut von uns, 600.000 Arbeitsplätze gegen einen funktionierenden und lebenswerten Lebensraum abzuwägen und uns dabei für die Arbeitsplätze zu entscheiden. Die Argumentation lässt sich auf nahezu alle Bereiche der industrialisierten Wirtschaft übertragen, die uns genau an den Punkt gebracht hat, an

dem wir jetzt sind.

Wenn die Abschätzungen der Wissenschaftler*innen auch nur annähernd eintreffen – und sie sind im Prinzip bisher komplett eingetroffen –, dann werden wir hier in vierzig Jahren unter Umständen leben, die mit den heutigen nichts mehr zu tun haben. Extremwetterlagen werden nicht mehr drei oder viermal im Jahr sondern wöchentlich auftreten. Alle werden immer in der Bereitschaft leben müssen, sich selbst und ihre Lieben jederzeit schnellstens in Sicherheit bringen zu können.

Die Natur wird nicht mehr als Lebensgrundlage und als Spenderin von Lebensqualität wahrgenommen, sondern als größte Gefahr. Wie funktioniert dann unsere Gesellschaft? Wie funktioniert Landwirtschaft??

Manch Eine/r wird jetzt sagen: „So schwarz wollen



Bild: t.s.

wir aber nicht sehen“. Andere werden darauf verweisen, dass es schon immer Klimaschwankungen gegeben hat und dass ein Zusammenhang mit Klimagasen nicht vollständig bewiesen ist. Welch eine Verantwortungslosigkeit! Wie kommt die zustande?

Zum Teil sicherlich aus Dummheit. Einige Menschen sind nicht in der Lage, komplexe Zusammenhänge


zu erfassen und die logischen Konsequenzen auf ihr Leben anzuwenden. Die Dummen sind freigesprochen!

Die nächste Gruppe ist die absolut größte und interessanteste. Für sie ist dieser Artikel. Diese Menschen ahnen zumindest, in welches Desaster sie ihre Kinder und vor allem deren Kinder schicken. Sie wissen auch, dass sie eigentlich

Fortsetzung auf Seite 5

Erliesene Weine - Spirituosen - Feine Kost

Telefon 02504 1895



KRÖGER'S FINEST
Inhaberin Heidi Kröger

Der Sommer neigt sich dem Ende zu
und wir haben viele Produkte,
um auch den Herbst zu genießen!

Auch wir machen Telgte l(i)ebenswert!

www.kroegers-finest.de



Liebe Telgterinnen und Telgter,

am 24. September wird gewählt. Das weiß im Grunde (fast) jeder. Die Wählerinnen und Wähler haben die Möglichkeit, die Zusammensetzung des neuen Bundestages und damit auch der neuen Bundesregierung bis 2021 zu bestimmen.

Aber wer geht schon wählen? Ende der 70er-Jahre lag die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen noch über 90 Prozent! In den letzten Wahlen auf Bundesebene pendelte sie gerade noch um die 70 Prozent. Dabei ist die demokratische Wahl der rd. 600 Bundestagsabgeordneten – wie auch die Wahl der Landtage oder der Räte auf Gemeindeebene – der Dreh- und Angelpunkt unserer Demokratie.

„Es ändert sich ja doch nichts, da ist es egal, ob ich zur Wahl gehe“, mögen man-

che vielleicht sagen. Falsch! Unsere Demokratie lebt mit und von den Menschen, die sich für die politischen Abläufe und Entscheidungen interessieren, die sich selbst eine Meinung bilden, die sich selbst zur Wahl stellen und ein Mandat übernehmen, die als Wahlhelfer/innen dazu beitragen, dass die Wahlen überhaupt durchgeführt werden können, und die als Wähler/innen ihre Stimme einer Partei oder einem/einer Kandidat/in geben, um sie für ihre parlamentarische Arbeit zu legitimieren.

Natürlich läuft nicht immer alles rund in Staat und Stadt. Und natürlich sollen Sie den gewählten Volksvertreter/innen auch nach der Wahl auf die Finger schauen. Aber das Funktionieren einer Demokratie ist eben auch nicht selbstverständlich. Wer die politische Situation in der

Welt aufmerksam beobachtet, der mag erahnen, dass demokratische Wahlen, Meinungs- und Pressefreiheit, eine unabhängige Justiz und der Schutz vor staatlicher Willkür vielerorts in Gefahr sind.

Demokratie muss immer wieder neu „erkämpft“, „erstritten“ und „verteidigt“ werden – und das funktioniert am besten, indem wir sie leben. Das heißt dann wohl ganz klar: Machen Sie sich ein dickes Kreuz in den Kalender für den 24. September! Gehen Sie wählen und motivieren Sie andere, das auch zu tun. Unterstützen Sie die demokratische Wahl vielleicht auch als Wahlhelfer/in. Zeigen wir ganz deutlich, welchen Stellenwert unsere freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie für uns hat!

Ihr
wolfgang pieper

Fortsetzung von Seite 4

nach Konsequenzen für ihr eigenes Leben und Handeln verfolgen, in denen sie erfolgreich sind, die gleichen Ziele verfolgen, in denen sie erfolgreich sind. Diese Menschen machen sich schuldig! Sie wissen sehr wohl, handeln aber nicht. Und sie tun niemandem einen Gefallen, sich selbst nicht und schon gar nicht ihren Kindern, denn die Fakten liegen auf dem Tisch und Wissenschaft und Politik wissen auch ziemlich genau, was passieren muss. Und die Konsequenzen sind

Wirtschaft ohne Wachstum ist aber ohne Weiteres kaum vorstellbar, weil Automatisierung ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaft selbst ist. Und fraglich ist auch, ob Nullwachstum innerhalb unseres Geldsystems möglich ist, weil das Geldsystem ohne permanente Ausweitung der Geldmenge nicht funktioniert und diese Ausweitung abhängig ist vom Wirtschaftswachstum.

Gerade aber die Komplexität dieser Fragen spricht dafür, sich sofort auf den Weg zu machen, denn auf den Weg machen werden wir uns sowieso. Die Frage ist nur, wie weit wir das Kind bis dahin in den Brunnen fallen lassen und wie hektisch der Umbau in Angriff genommen werden muss.

Es gibt noch eine dritte Gruppe. Sie füllt die Vorstandsetagen der Unternehmen, die Führungskreise in der Politik und die Lobbys der Parlamente. Diese Leute führen unsere Gesellschaft, haben alle Informationen und nehmen die Katastrophe billigend in Kauf, aus Eigennutz und Habgier. Vermutlich in der Hoffnung, sich

den Folgen vermittels ihrer Vermögen entziehen zu können. Diese Leute werden hoffentlich vor Gericht gestellt, wenn das ganze Ausmaß als Konsequenz ihres Handelns deutlich wird.

Und dem Ifo-Institut sind wir noch eine Antwort schuldig: Liebes Ifo-Institut, wenn wir nicht in allernächster Zukunft ganz krasse Maßnahmen ergreifen, befindet sich die Menschen, die in 30 und 40 Jahren hier leben, in einer Situation, in der sie liebend gerne unser Klima im Tausch gegen sechs Millionen Arbeitsplätze wieder herbeizubereit würden. Leider wird es dann aber zu spät sein!

g.k.



enorm! Die Wirtschaft muss mindestens klimaneutral gestaltet werden und dazu muss vor allem die Wachstumspolitik beendet werden.

Tischlerei+Bodenlegebetrieb+FachbetriebDämmtechnik

Röwekamp & Stumpe



Tel.: 02582 / 66 88 23
www.roewekamp-stumpe.de



Die Gaststätte mit großem Biergarten direkt am Emsauenweg!

Inh. Fam. Brandes
Emsstraße 25 – Tel. 0 25 04/66 00
oder 01 71/692 34 90

Kaminzimmer bis 30 Personen
Di.-Fr. 17.00-1.00 Uhr
Sonn- + feiertags ab 11.00 Uhr
Frühschoppen
Montag Ruhetag

Impressum

Zeitung der Grünen Telgte
Ratsfraktion & Ortsverband
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Auflage: 8.700 Stück
Anschrift: Peter Spieker
Waldweg 27
48291 Telgte
V.l.S.d.P.: Peter Spieker

Textbeiträge:
Bernhard Drestomark, Christoph Grünewald, Marian Husmann, Gerd Klünder, Katja Müller, Peter Spieker, Britta Sporket, Udo Woltering

24 Ziele aus dem Wahlprogramm

Das haben wir vor:



1. Wir erhalten unsere Natur

Der Mensch ist auf sauberes Wasser, gesunde Böden und gute Luft angewiesen. Darum stellen wir den Erhalt unserer Lebensgrundlage in das Zentrum unserer Politik. Wir schützen unsere Gewässer vor Gift und Plastik, nutzen Abfall als Rohstoff und schützen die Artenvielfalt.

2. Wir sorgen für gesunde Lebensmittel und beenden Tierleid

Unser Ziel ist eine Landwirtschaft, die ohne Gift und Tierquälerei unsere Versorgung mit gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln sichert und dabei unseren Landwirten ein gutes Auskommen verschafft. Wir wollen in den nächsten 20 Jahren raus aus der industriellen Massentierhaltung. Und wir wollen Artenkiller wie Glyphosat verbieten.

3. Wir retten das Klima

Die vom Menschen verursachte Klimakrise wird zur Klimakatastrophe, wenn wir den Ausstoß von Treibhausgasen nicht drastisch reduzieren. Deshalb wollen wir den Kohleausstieg in Einklang zu unserem Ziel „100 Prozent Erneuerbare Energien“ im Strombereich bis 2030 gestalten. Die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke wollen wir unverzüglich vom Netz nehmen, zusätzliche Mittel für energetische Gebäudesanierung bereitstellen, Energieeffizienz und Elektromobilität fördern und die Landwirt-

schaft umwelt- und klimaverträglich machen. Mit einem Klimaschutzgesetz beenden wir die Unverbindlichkeit in der Klimapolitik und geben Impulse für Investitionen in Klimaschutz.

4. Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Mit einer grünen Wirtschaft schützen wir nicht nur die Umwelt, sondern schaffen auch die Grundlagen für den Wohlstand von morgen. Wir leiten deshalb den sozial-ökologischen Wandel ein und treten für die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft ein, indem wir umweltschädliche Subventionen abbauen und in Klimaschutz investieren.

5. Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Energie ist der Treibstoff unseres Lebens. Kohle und Atom haben heute ausgedient. Wir haben einen Plan für die Energiewelt der Zukunft. Es ist möglich, die Energieversorgung der Menschen komplett mit Sonne, Wind, Wasser, nachhaltig erzeugter Bioenergie und Erdwärme zu decken. Wir wollen vollständig auf Erneuerbare umsteigen, Energieeffizienz, energetische Sanierungen und Energiesparen fördern und Atomkraft endgültig abschalten.

6. Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Wir wollen es für jeden einfach machen, sein Ziel so umweltfreundlich und nachhaltig wie möglich zu erreichen. Verkehr 2017 heißt für uns: Immer mehr Menschen steigen um auf Bus, Bahn und Fahrrad – vor allem in den Städten. Deshalb wollen wir einen Mobilpass einführen, mit dem sämtliche Angebote des öffentlichen Verkehrs wie

auch Car- und Bikesharing aus einer Hand gebucht und bezahlt werden können. Wir schaffen mehr Radwege und wollen ab 2030 nur noch abgasfreie Neuwagen zulassen. Denn wer auf das Auto angewiesen ist, muss in Zukunft sauber und umweltfreundlich fahren können.



7. Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Die europäische Einigung ist eine große historische Errungenschaft und Projekt des Friedens. Sie bedeutet: Zusammenarbeit statt Nationalismus. Wir sind die politische Kraft, die Europa gegen den Rechtsnationalismus verteidigt und den Weg der europäischen Integration weiter geht. Deshalb wollen wir Europa mit einem Green New Deal für mehr Jobs und besseren Umweltschutz voranbringen. Wir wollen das EU-Parlament stärken, Lobbymacht offenlegen und mit einem Zukunftspakt zwischen der EU und Afrika dort neue Perspektiven eröffnen und Fluchtursachen effektiv bekämpfen.

8. Wir stehen ein für Frieden, globale Gerechtigkeit und Menschenrechte

Wir leben 2017 in einer Zeit dramatischer Umbrüche in der Weltpolitik. Kriege und Konflikte haben sich in den vergangenen Jahren weiter verschärft. In einer solchen Lage sind Besonnenheit, eine multilaterale Ausrichtung, die Stärkung des Völkerrechts sowie zivile Ansätze

dringender denn je. Wir wollen Rüstungsexporte in Krisenregionen und an Staaten mit einer hoch problematischen Menschenrechtslage mit einem Rüstungsexportgesetz stoppen. Wir werden das Ziel, 0,7 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes für Entwicklung bereitzustellen, endlich umsetzen. Eine Erhöhung der Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes lehnen wir ab.

9. Wir machen den Welthandel fair

Wir wollen Globalisierung durch die Stärkung globaler Institutionen gerechter gestalten. Dazu braucht es einen Neustart für faire Handelsabkommen, die transparent verhandelt und an sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind. Wir lehnen TTIP, CETA und TISA in ihrer jetzigen Form ab. Entwicklungsländern wollen wir den Raum lassen, durch Zölle und Quoten ihre Märkte zu schützen und ihre heimische Wirtschaft aufzubauen. Unternehmen müssen ihre Lieferketten gesetzlich verbindlich offenlegen, damit Menschenrechtsverletzungen sanktioniert werden können.

10. Wir schützen Geflüchtete und bekämpfen Fluchtursachen

Weltweit sind über 60 Millionen Menschen auf der Suche nach Schutz für sich und ihre Familie. Menschen fliehen vor Krieg, politischer Verfolgung und Gewalt, immer häufiger auch vor den Folgen der Klimakrise und Umweltzerstörung. Wir müssen sichere und legale Fluchtwege schaffen, damit das Sterben auf der Flucht ein Ende hat und dafür sorgen, dass Asylverfahren schnell und fair durchgeführt werden. Wir wollen anerkannten Flüchtlingen und Schutzberechtigten unbürokratisch den Familiennachzug ermöglichen. Denn nur wer seine Familie in Sicherheit und in seiner Nähe weiß, kann sich auf die neue Heimat mit aller Kraft

einlassen. Kommunen wollen wir finanziell unterstützen, um so die Integration der Geflüchteten zu fördern.

11. Wir gestalten unser Einwanderungsland

Schon immer hat Ein- und Auswanderung Deutschland geprägt und verändert, vor Herausforderungen gestellt und uns als Gesellschaft weiter gebracht. Wir wollen Einwanderung vernünftig regeln und Integration fördern, um das friedliche Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Religion zu sichern. Deshalb werden wir ein Einwanderungsgesetz vorlegen und ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht nach dem Geburtsortprinzip („hier geboren, hier zuhause“) einführen.



12. Wir streiten für Akzeptanz und Respekt, für Vielfalt und Selbstbestimmung

Deutschland ist heute ein weitgehend offenes und tolerantes Land. Menschen können selbst bestimmen, wie sie leben wollen. Wir kämpfen für Vielfalt, Offenheit und friedliches Zusammenleben und werden die Freiheiten weiter ausbauen, Diskriminierung abbauen und die Gleichstellung in unserem Land vorantreiben. Wir freuen uns, dass der Bundestag nach unserem langjährigen Einsatz endlich die Ehe für alle geöffnet hat, damit auch gleichgeschlechtliche Paare heiraten können. Menschen mit Behinderungen wollen wir ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Mit einem Cannabiskontrollgesetz schaffen wir klare Regeln

und entkriminalisieren den Eigengebrauch und privaten Anbau von Cannabis. Der Verkauf von Cannabis soll unter strenger Wahrung des Jugendschutzes erfolgen.

13. Wir stehen ein für Selbstbestimmung und Gleichberechtigung

Wir wollen über ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz erreichen, dass Frauen endlich genauso viel verdienen wie Männer. Mädchen und Jungen wollen wir die gleichen Chancen eröffnen. Wir wollen, dass niemand Frauen vorschreibt, wie sie zu leben haben. Dazu gehört, dass wir konsequent gegen Gewalt an Frauen vorgehen, unter anderem über die Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen. Für eine gute Geburtshilfe wollen wir Hebammen besser fördern.

14. Wir sichern Freiheit

Deutschland ist ein sicheres Land, und es soll sicher bleiben. Wir wollen einen starken Rechtsstaat, der vor Kriminalität und Terror schützt und den Bürgerrechten verpflichtet ist. Wir wollen eine stärkere Präsenz von Polizei dort wo sie gebraucht wird, gründliche Ermittlungsarbeit, konsequente Strafverfolgung und zügige Verurteilung von überführten Straftätern. Deshalb wollen wir die Polizei und auch die Justiz stärken. Der Radikalisierung von Jugendlichen wollen wir vorbeugen und rechten und rechtspopulistischen Kräften in unserer Gesellschaft den Kampf ansagen.

15. Wir stärken die Demokratie und den freiheitlichen Rechtsstaat

Demokratie braucht Bürgerinnen und Bürger, die sich einmischen und für ihre Rechte und Werte einstehen. Sie braucht demokratische Institutionen, die für Beteiligung offen sind. Sie braucht ein starkes Parlament, eine unabhängige Justiz und freie und unabhängige Medien. Wir wollen unsere Demokratie durch mehr Transparenz mit der Einführung

eines Lobbyregisters stärken, Whistleblower gesetzlich schützen und das Wahlalter auf 16 Jahre absenken.

16. Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Wir schützen Verbraucherinnen und Verbraucher vor Täuschung, Vertrags-Tricksereien und Missbrauch von Daten. Wir kämpfen für mehr Transparenz, mehr gesetzlichen Schutz und faire Klagerechte. Wir wollen wissen, was drin ist und fordern eine klare und einfache Kennzeichnung der Art der Tierhaltung auf allen Fleischprodukten. Wir wollen Datenschutz ausweiten und die Privatsphäre wahren. Alle haben das Recht zu wissen, wer was wann und wo speichert.

17. Wir machen das Internet frei und sicher

Wir wollen den digitalen Wandel aktiv gestalten. Dazu gehört es, mühsam erkämpfte Rechte online durchzusetzen. In der digitalen Welt müssen wir für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie und gegen Hass, Hetze und Gewalt genauso streiten wie in der analogen. Datenschutzbeauftragte und Verbraucherschutzverbände wollen wir stärken und ein neues Klagerecht einführen, damit sie wirkungsvoller gegen Datenschutzverstöße von Unternehmen vorgehen können. Wir wollen schnelles Internet für alle. Dafür werden wir die Breitbandversorgung überall in Deutschland verbessern und Glasfaserkabel ausbauen. Verwaltungen wollen wir mit barrierefreien E-Government-Dienstleistungen modernisieren.



18. Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen

Wir wollen allen Menschen in Deutschland eine Chance auf ein gutes Leben ermöglichen. Wir können und wollen es uns nicht leisten, Menschen perspektivlos und abgehängt zurückzulassen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der nicht soziale Herkunft, ethnische Wurzeln oder körperliche Voraussetzungen über die Zukunft von Menschen entscheiden, sondern deren Wünsche und Potentiale. Dafür werden wir 10.000 Schulen fit für die Zukunft machen und Studienchancen für alle unabhängig vom Geldbeutel der Eltern eröffnen. Mit mehr Erzieherinnen

und Erziehern für unsere Kleinsten werden wir die Kita-Qualität sichern.

19. Wir kämpfen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Unsere Wohnorte sollen Teilhabe und Chancen im Alltag unabhängig vom eigenen Geldbeutel ermöglichen. Ein umfangreiches und hochwertiges öffentliches Angebot vor Ort ist ein Sprungbrett ins gesellschaftliche Leben. Damit auch struktur- und finanzschwache Kommunen diesen Ansprüchen gerecht werden können, werden wir sie finanziell entlasten. Mit einer Million neuen bezahlbaren Wohnungen und einem Mietrecht ohne Schlupflöcher schaffen wir guten und günstigen Wohnraum.

20. Wir teilen den Wohlstand gerechter

Wir wollen alle fair an Wohlstand und Lebensqualität beteiligen. Niemand sollte in Armut leben und Wohlstand einen fairen Beitrag zum Gemeinwesen leis-

ten. Wir setzen uns für eine Schuldenbremse für Banken ein und wollen Steuersümpfe trocken legen. Superreiche nehmen wir in die Verantwortung, indem wir verhindern, dass obszöne Managergehälter auch noch über die Betriebsausgaben von der Allgemeinheit mitfinanziert werden und indem wir über eine verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche Investitionen in die Zukunft ermöglichen.

21. Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger gegen die großen Risiken des Lebens gut absichern – zu fairen und gerechten Bedingun-

gen. Dafür werden wir die gesetzliche Rente stärken und das Rentenniveau stabilisieren. Mit der Einführung der Bürgerversicherung im Gesundheitssystem schaffen wir eine gerechtere und bessere Gesundheitsversorgung aller. Unsere PflegeZeit Plus fördert die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

22. Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Familie ist für uns überall da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das wollen wir mit einem modernen Familienrecht anerkennen und schützen. Familien leisten viel füreinander, aber auch für die Gesellschaft insgesamt. Doch viele tun das unter oft schwierigen Bedingungen – alleinerziehend oder mit wenig Geld. Dank der Kinderzeit Plus, die es ermöglicht, die Arbeitszeit für bestimmte Phasen zu reduzieren, sollen Eltern künftig mehr für ihre Kinder da sein können. Mit dem grünen Familien-Budget verhindern wir Kinderarmut, stärken Alleinerziehen-



de und entlasten Familien um insgesamt 12 Milliarden Euro.

23. Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Wir wollen gut abgesicherte und fair bezahlte Jobs. Dabei brauchen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Mitspracherechte über das Wieviel, Wann und Wo ihrer Erwerbstätigkeit. Wir schlagen eine flexible Vollzeit-Ar-

beitszeit vor mit einem Korridor im Bereich von 30 bis 40 Stunden. Menschen mit Behinderungen wollen wir es erleichtern, gute Arbeit zu bekommen und mit einer Arbeitsversicherung wollen wir Weiterbildung ermöglichen.

24. Wir gestalten die Digitalisierung

Wir wollen neue, gute Jobs in neuen Arbeitsfeldern fördern. Wir wollen die ökologischen Möglichkeiten nutzen, die sich für die Energie- oder Verkehrswende durch intelligente Steuerung, Automatisierung oder Vernetzung ergeben. Dafür investieren wir in die Infrastruktur der Zukunft. Wir wollen alle ermuntern und fördern, die den Mut haben, etwas Neues zu wagen und führen einen Forschungsbonus für Unternehmen ein, der neue Ideen freisetzen soll. Ein Kernprojekt ist die steuerliche Förderung kleiner innovativer Unternehmen. Kleine Selbstständige, Gründerinnen und Gründer, Kulturschaffende und Kreative wollen wir besser absichern.

ZUKUNFT

WIRD AUS MUT GEMACHT

„Gerechtigkeit im Sinn“

Steuergerechtigkeit als Schlüssel für eine gerechtere Gesellschaft

Die zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen und insbesondere Vermögen in Deutschland ist immer häufiger Thema in Fernsehreportagen und Presseberichten. Dabei handelt es sich nicht nur um ein statistisches Phänomen, sondern für immer mehr Menschen um täglich erlebte Wirklichkeit. Vor allem die Aussicht auf eine geringe Altersversorgung sorgt inzwischen für große Ängste bei den meisten von uns.

Als Ausweg aus dieser Situation werden neben der Stärkung von ArbeitnehmerInnenrechten vor allem ein gerechteres Steuersystem ge-

nannt, in dem die schwächeren Einkommen zu Lasten der höheren Einkommen sowie großen Vermögen und Erbschaften entlastet werden.



Umso erstaunlicher ist es, dass die CDU und F.D.P. weiterhin auf Steuersenkungen für alle setzen und Vermögens- und Erbschaftssteuer für diese beiden, aber auch für die SPD, Tabu-Themen sind. Die von CDU und F.D.P. vorgeschlagenen Senkungen von 15 bis 30 Milliarden Euro jährlich kommen

dabei überwiegend den Beziehenden höherer Einkommen zugute.

Dabei zahlen heute Personen mit sehr hohem Einkommen schon jetzt einen geringeren Steuersatz als solche mit mittleren und höheren Einkommen - diese Anomalie entsteht vor allem aufgrund der unterschiedlichen Besteuerung von Einkommen aus Erwerbstätigkeit und von Kapitalerträgen. Günstiger besteuerte Kapitalerträge haben vor allem Personen mit höheren Einkommen.

Besonders erstaunlich ist, dass es weiterhin keine breite Mehrheit für die Einführung

einer substantiellen Erbschaftssteuer gibt. Leistungsfreies Einkommen aus Erbschaften unterliegt praktisch keiner Besteuerung. Der bei weitem größte Anteil der Bevölkerung wäre bei einem Freibetrag von 500.000 oder einer Millionen Euro nicht betroffen. Aber die Interessenvertretungen wohlhabender Firmenbesitzer*innen schaffen es immer wieder, mit dem Schreckgespenst eines massiven Arbeitsplatzverlusts, vererbte Firmenvermögen von der Erbschaftssteuer zu befreien.

Dabei zeigt die Realität, dass Unternehmen nicht selten durch die Erb*innen

selbst in die Pleite gesteuert werden. Umgekehrt ist noch kein Unternehmen durch die Erbschaftssteuer in die Pleite gerutscht. Zudem gäbe es durchaus praktikable Wege zur Entrichtung der Erbschaftssteuer, ohne die Firmenliquidität zu schmälern, zum Beispiel durch die Abgabe stimmrechtloser Anteile an den Staat.

Deutschland braucht ein Steuersystem, das die gegenwärtige Ungleichheit abschwächt und nicht noch weiter verschärft. Daher müssen die Steuerkonzepte von CDU und F.D.P. dort bleiben, wo sie jetzt sind - in der Schublade.

p.s.

Über den religiösen Tellerrand geblickt

Sharim-Ara Malik-Upmann spricht über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Islam und Christentum

Wie muslimische Gläubige leben und feiern, erfahren circa 30 Telgterinnen und Telgter beim Vortrag von Frau Shamim-Ara Malik-Upmann am 6. August im Museum Religio.



Schamim-Ara Malik-Upmann studierte Arabistik-Islamwissenschaft / Indologie/ Ethnologie

Sie stellte ihnen nicht nur einige Aussagen des Koran als Quelle des Islam vor, sondern ging ausführlich auf Bräuche und Riten zu festlichen Anlässen ein - auch im Vergleich zu christlich-jüdischer Überlieferung, die im abendländischen Kulturkreis geläufig ist: Mit dem Opferfest erinnern muslimische Gläubige an Abraham, von dem Allah erwartete, dass er seinen Sohn Ismael opferte.

In der Thora, der Weisung für das Leben der Juden, erhält Abraham den Auftrag, seinen Sohn Isaak zu opfern.

Die Islamwissenschaftlerin, die als Muslima geboren wurde und deutsch-pakistanische Wurzeln hat, betonte Parallelen zwischen sozialen Aktivitäten in muslimisch geprägten Ländern zu den Hilfsorganisationen in Deutschland: „Was Hilfsorganisationen hier an Geld sammeln und z. B. in Afrika und Südamerika einsetzen, entspricht dem „Islamic Relief“, die das Geld in finanzschwache Länder mit muslimischem Bevölkerungsanteil überweist. Dieses System nimmt z. B. Aufgaben wahr, die in Europa durch die Sozialgesetzgebung geregelt sind und finanziert werden.

Sie schilderte außerdem die caritative Bedeutung des Schlachtens eines Lammes für die Bedürftigen einer muslimischen Gemeinde. So würden Spenden z. B. am Opferfest dazu eingesetzt, vor Ort Tiere zu kaufen und dann zu opfern. In Palästina / West Bank sind es 360 € für ein Paarhufer, in Mali, dem Niger und Tschad 65 €. Was in Deutschland z. B. in vorbildlicher Weise von den

„Tafeln“ organisiert werde, die Unterstützung bei der täglichen Ernährung, leisteten die islamischen Länder durch die Moscheeküchen, welche durch Spenden finanziert und von den größeren Moscheen betrieben werden. Damit verdeutlichte die Referentin eine der fünf Säulen des Islam, Almosen zu geben, Beispiel dafür, dass auch in dieser Religion Glauben nicht nur Privatsache ist, sondern sich der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens verpflichtet fühlt.

Honig, Datteln und Schwarzkümmel sind nach der Überlieferung in den Hadithe - eine Schriftenammlung, die neben dem Koran Normen für das tägliche Zusammenleben enthält -, wichtige Nahrungsmittel für den Körper und entfalten auch geistiges Wohlsein. Datteln werden beim Fastenbrechen nach Sonnenuntergang als erstes gegessen; der vierwöchige Verzehr von Datteln vor der Geburt soll die Schmerzen der Geburtswehen erleichtern. Schwarzkümmel wird eine regenerierende Wirkung auf das Immunsystem zugesprochen und beugt von daher Allergien vor.

Honig hat ebenfalls eine heilende Wirkung. Die Referentin sprach offen an, dass nicht alle Feiern und Gebräuche für alle Muslime gleich verbindlich seien. Der Prophetengeburtstag am 12. Tag des Monats Rabi sowie die Erinnerung an den Tod des „Dritten Imam Hussain“ am 10. Tag im Monat Muharram würden nicht überall gefeiert. Die Zuhörerinnen und Zuhörer fragten nachdrücklich, warum die „leisen“, freiheitlich orientierten Muslime und Muslima wie die Referentin nicht stärker

die radikalen „Lautsprecher des Islam“, die regelmäßig in den Medien präsent seien. „Die Wahrheit ist, dass viel ‚leise Gläubige‘ sich tagtäglich durch ihre friedvolles Miteinander vom Terror abgrenzen und dies sehr wohl unermüdlich erklären.

Das ist nicht medienwirksam, aber gelebter Alltag. Die große Mehrzahl islamischer Gläubiger lebt ihre Religion losgelöst von einseitiger theologischer Engstirnigkeit, frei von politischem Machtmissbrauch.“

Text und Bild unten: b.d.



Rituelle Speisen, Gegenstände: Datteln, Honig, Kreuzkümmel, ein in eine Tasche gehüllter Koran; eine Misbaha, Gebetskette, die auch als Halsschmuck getragen wird. Ihre 99 Perlen stehen für die 99 Namen Allahs.

Abriss und Neubau des Rathauses?

PRO

In seiner „Ode to Centre Point“ aus dem Jahre 1972 beklagt sich der Dichter Alan Brownjohn über die Architektur eines Londoner Hochhauses als „riesengroßen unfruchtbaren Phallus“.

London ist nicht mit Telgte vergleichbar. Allerdings scheinen mir ästhetische und sozialpsychologische Gesichtspunkte massiger, monoton wirkender Betonburgen auch für die Frage relevant, wie es mit unserem aus den 70-er Jahren des letzten Jahrhunderts stammenden maroden Rathaus weiter geht. Klar ist inzwischen, dass für eine dauerhaft wirksame Sanierung mehr als sieben Millionen Euro (!) aus dem Haushalt der Stadt aufgewandt werden müssen. Und so stellt sich jenseits ästhetischer Fragen um den Baustil auch die finanzielle. Will sagen: Ist es zu verantworten, so viel Geld auszugeben für eine Instandsetzung?

KONTRA

Als das neue Rathaus 1974 und die Straße Baßfeld gebaut und dafür ein großer Teil der Altstadt geopfert wurde, war das auch der Ausdruck eines neuen Selbstverständnisses. Man wollte eine moderne, zukunftsorientierte Kommune sein und dokumentierte das mit einem auch zur damaligen Zeit kühnen Bau, der von Beginn an heftig diskutiert wurde und wird.

So viel Beton in einer Kleinstadt, das geht doch gar nicht, sagen Viele. Aber ist das Grund genug, das Rathaus abzureißen? Was spricht dagegen?

Zunächst einmal ist es ein Zeugnis der Geschichte der Stadt, das nicht verleugnet werden sollte. Man/Frau mag darüber streiten ob das ein Baudenkmal ist und ob durch eine Unterschutzstel-

Ist nicht ein Neubau die bessere, zukunftssträngige Investition?

Auf solche Fragen haben die Architekturbüros Ingo Meyer und Oliver Hölscher eine eigene Antwort gegeben. Sie schlagen vor, dass das Betongestell des gegenwärtigen Rathauses, das die Freie Architekten-Werkge-

Das Verwaltungsgebäude für die Bürger*innen unserer Stadt würde am Knickenberg-Platz neu errichtet. Und der Vorschlag der Architekten kommt den Proportionen und Materialien der bestehenden Altstadt-Bebauung nahe. Er bietet m. E. auch erhebliche Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger

entstehen und damit die Altstadt noch lebendiger werden lassen. Das wird auch die Geschäftsleute in der Innenstadt freuen. Und nichts spricht dagegen, dass von den neuen Wohnungen ca. ein Drittel im Sinne des sozialen Wohnungsbaus, also für Personen mit Wohnberechtigungsschein, errichtet werden. Das

Wohnraums mit Mieten von 5,75 €/m² und hoher Qualität zu schaffen, ist aber m. E. machbar. Und: Die Stadt hat die Planungshoheit.

Ergo: Die Argumente für den Abriss des jetzigen Rathauses und eine Errichtung am Knickenbergplatz wiegen schwerer als Denkmalschutzgesichtspunkte, die das gegenwärtige Rathaus als wesentliches Beispiel für die Sicht-Beton-Architektur der 70-er für erhaltenswert halten.

Zu Telgte passt Anderes. Kleinteiliger Gegliedertes. Vorbild: Die Bebauung am Markt und an der Kapellenstraße. Da ergänzen sich Neubebauung und erhaltenswerter Jugendstil - Bestand in ansprechender Weise; trotz einer Materialsprache aus Glas und Putz. Telgte braucht Giebel und rote Dachpfannen im Zentrum, keine schwarzen phantasielosen Flachdachflächen mit Kies drauf.

b.d.



Wohnungen an der Ems, Flussseite

Bild: Architekturbüros Ingo Meyer und Oliver Hölscher.

meinschaft Rubarth, Bitter, Möllers aus Greven Mitte der siebziger Jahre an das Baßfeld platzierte, verschwindet zugunsten eines (vornehmen?) ‚Wohnens an der Ems‘.

Telgtes: Das Rathaus kommt wieder näher ins Zentrum. Der Charakter einer Innenstadt der kurzen Wege wird sich verstärken, da ca. 70 zentrumsnahe Wohnungen

hat zwar Konsequenzen für die zu erwartenden Mieten und stellt die Anforderung an die Architekten und Investoren, den Spagat zwischen dem Bau bezahlbaren

lung ein Abriss verhindern werden könnte oder sollte. Diese Formalia sind bei genauerer Überlegung aber nebensächlich.

Sicher, der Bau ist in die Jahre gekommen und braucht Pflege. Aber er funktioniert als Sitz der Verwaltung gut

gebaut. Die versprochenen Gewinne für die Stadtkasse dürften also gering ausfallen. Auch der Neubau am Wasser ist sicher nicht billig, bezahlbarer Wohnraum für junge Familien ist dort nicht zu erwarten.

Stadt, Bürger*innen und

Stelle ein anderes Gebäude mit entsprechendem Rohstoffverbrauch zu bauen, das auch nicht besser funktioniert?

Sicher ist das Rathaus ein Klotz, der eigentlich für diese Stadt deutlich überdimensioniert ist. Aber was be-

dort zwar Klinkerbauten entstehen, dennoch aber riesige Komplexe mit endlosen Wandflächen. Passt das zur kleinteiligen Bebauung in der Altstadt? Oder ähnelt das eher einer Shopping Mall auf der Grünen Wiese? (Und soll es nicht genau das werden, ein neues Einkaufszentrum?) Der Altbau am Knickenbergplatz ist sicher kein architektonisches Kleinod, man könnte dort sicher eine gute Architektur finden, die sich in die Umgebung einpasst. Das aber was dort geplant ist, erschlägt das gesamte Viertel, von der Verkehrsproblematik und den archäologischen Spuren auf dem Platz gar nicht zu reden.

Fazit: Das Rathaus erhalten und sanieren, am Knickenbergplatz klug überlegen, statt maximalem Profit für Investoren hinterherzulaufen.

c.g.



und ist - so man hört - bei den Angestellten als Arbeitsplatz sehr geschätzt. Raumnott ist ein Fremdwort. Warum also abreißen?

Ein Abriss kostet eine Menge Geld, das Haus ist solide

insbesondere Grüne Bürger*innen sind der Nachhaltigkeit verpflichtet. Wie passt es dazu, ein funktionierendes Gebäude abzureißen, eine Unmenge an Bauschutt zu produzieren, um an anderer

kommen wir, wenn wir die Neubaupläne verwirklichen? Einen neuen Klotz an gleicher Stelle und einen zweiten am Knickenbergplatz. Schaut man/frau sich die Pläne einmal genauer an, so sollen

Erinnern an Verschleppung und Vernichtung in Europa

Bürgermeister Wolfgang Pieper nimmt an Gedenk- und Erinnerungsreise des Deutschen Riga-Komitees teil

Anfang Juli nahm Bürgermeister Wolfgang Pieper für die Stadt Telgte an einer Gedenkstättenreise des Deutschen Riga-Komitees teil und suchte mit den Delegationen anderer Kommunen die Orte des Gedenkens in und um Riga auf. Grund genug für die Pöggsken-Redaktion, mit ihm darüber zu sprechen.



Auf einer Steintafel ist der Name der Stadt Telgte Teil der Gedenkstätte in Riga

Pöggsken: Was hat Dich veranlasst, an dieser immerhin viertägigen Reise nach Riga teilzunehmen?

Wolfgang: Seit Oktober 2013 ist die Stadt Telgte auf Beschluss des Rates Mitglied im Deutschen Riga-Komitee innerhalb des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfür-

sorge. Dieser Zusammenschluss von Städten, aus denen 1941/42 Juden nach Riga deportiert und in großer Anzahl im Wald von Bikernieki ermordet wurden, hat am Ort des schrecklichen Geschehens eine Gedenkstätte errichtet. Dort ist neben den Namen von Städten wie Warendorf, Münster, Ahlen, Drensteinfurt, Billerbeck oder Coesfeld auch Telgte mit einem Gedenkstein vertreten.

Pöggsken: Wo ist denn genau der Bezug zu Telgte zu sehen?

Wolfgang: Aus Telgte sind unter den in Riga ermordeten Mitbürgern Henriette und Siegfried Mildenberg sowie ihr Pflegekind Karl-Heinz Steinhardt vertreten, die 1941 dorthin deportiert wurden. Mit einer durch den Verein Erinnerung und Mahnung errichteten Gedenkstele wird der Opfer des Nationalsozialismus in Telgte seit 2013 auch im öffentlichen Raum in der Königstraße gedacht und an ihr Schicksal erinnert.

Pöggsken: Was waren für Dich die eindrücklichsten Stationen dieser Gedenk- und Erinnerungsfahrt?

Wolfgang: Besonders berührend sind die vielen persönlichen Zeugnisse aus dem Rigaer Ghetto und von überlebenden deutschen Juden, die uns während der Tage in Riga nahe gebracht wurden – unter anderem Tagebuchaufzeichnungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Bemerkenswert ist, wie sich die Erinnerungskultur in Lettland auch heute noch schwierig gestaltet, weil einerseits die sowjetische Okkupationszeit im Vordergrund steht und nicht die des deutschen Nationalsozialismus. Zum anderen ist die Rolle Lettischer Kollaborateure noch immer mit Tabus belegt.

Besonders beeindruckend und zugleich berührend ist die Gedenkstätte im Wald von Bikernieki, in der über 25.000 jüdische Menschen ermordet wurden. Dargestellt wird diese unmenschliche Tat durch hunderte

individueller Steine, die wie in eine Grube gestellt die Assoziation an die dort umgebrachten Menschen erweckt. Seit 2015 ist der Name der Stadt Telgte dort durch eine Steintafel vertreten.

Pöggsken: Du hast nach der Reise gesagt, dass sich für Dich die Gräueltaten der Nationalsozialisten mit den konkreten Bezügen zu Telgte und zu Jetzt-Zeit verknüpfen. Was meinst Du damit genau?



Wolfgang: Mir ist vor Ort in Riga sehr deutlich bewusst geworden, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, dass wir über mehr als 70 Jahre (mit wenigen Ausnahmen) keine Kriege in Zentraleuropa haben, und dass es

keine Selbstverständlichkeit ist, in einer freien und rechtsstaatlich verfassten Demokratie leben zu können. Die allerdings will und muss immer wieder neu erstritten und erneuert werden.

Erinnerungsarbeit und Gedenken sind als Auftrag an uns Heutige zu verstehen, die Kenntnis der Umstände und Ereignisse der Zeit des nationalsozialistischen Terrorregimes in Deutschland

und Europa und damit das Bewusstsein dieser Wunde in unserer eigenen Geschichte wach zu halten, um letztlich unsere Haltung sowie die Entscheidungen von heute und morgen daraus abzuleiten.

NRW.Urban soll das Baugebiet im Telgter Süden entwickeln

Die Grünen begrüßen, dass sich letztlich doch eine Mehrheit für die Beauftragung von NRW.Urban gefunden hat, die das neue Baugebiet im Telgter Süden

entwickeln sollen.

Urban NRW ist eine Entwicklungsgesellschaft des Landes NRW, die speziell den Auftrag hat, Gemeinden wie der Stadt Telgte dabei zu

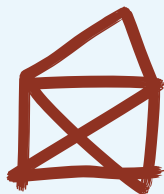
helfen, Baugebiete planerisch zu entwickeln und Grundstückskäufe vorzufinanzieren. Nur Fünf Kommunen in NRW wurde die Übernahme der Vorfinanzierung durch das Land bewilligt – Telgte gehört dazu. Wichtig ist dabei, dass die Planungsgewinne durch die Ausweisung von Ackerflächen zu Siedlungs-

flächen wenigsten teilweise bei der Stadt bleiben. Dabei hat die Stadt Telgte immer die volle Entscheidungshoheit, ist in alle Arbeitsschritte eingebunden und kann aber auf die Erfahrung der Urban NRW zurückgreifen.

Jetzt geht es im weiteren Planungsverfahren darum, einen vernünftigen Aus-

gleich zwischen den berechtigten Interessen der Grundstückseigentümer und der Zielsetzung einer Siedlungserweiterung mit Mehr- und Einfamilienhäusern zu finden. Dafür haben wir jetzt mit der Urban NRW einen kompetenten Partner gefunden.

u.w.



LERNHÄUSCHEN
Ort für Lerntherapie und Beratung

Agneta Thanisch

Das Lernhäuschen in Westbevern-Vadrup ist ein Ort für jeden, der sich Unterstützung im Bereich Lernen und Schule wünscht.

www.lernhaeuschen.de

Papier ist geduldig

Geht's noch?? Die Tinte unter den wohnungsbaupolitischen Grundsätzen ist kaum getrocknet, da werden sie bei nächster Gelegenheit schon ohne großes Federlesen beiseite geschoben.

Die Planung für das Baugebiet an der Johanneskirche sieht ausschließlich Einfamilien- und Reihenhausbebauung vor, obwohl hier mindestens zwanzig Prozent der

entstehenden Nettowohnfläche geförderter Mietwohnraum sein sollte.

Dabei sind in unmittelbarer Nähe durchaus größere Wohnhäuser mit mehreren Wohneinheiten, so dass eine zu große Störwirkung weiterer, kleinerer Mehrfamilienhäuser nicht vorliegt.

Ebenfalls positiv wäre die im Vergleich zu anderen Baugebieten nahe Innenstadt,

was die Wohnungen auch für ältere BürgerInnen attraktiv machen würde.

Es bleibt daher zu hoffen, dass im laufenden Verfahren die Mehrheit der Politik, zusammen mit den Vertretern der Kirche, noch Einsicht zeigen und zu einer ausgewogeneren Planung im Sinne einer sozial verträglichen Nutzung gelangen.

p.s.

Ohne Auto mobil

Diskussion mit Thomas Lins, Vorsitzender des VCD im Münsterland

Veränderungen fangen im Kopf an – auch im Straßenverkehr.“ So Thomas Lins, Vorsitzender des umweltorientierten Verkehrsclub Deutschland (VCD) im Münsterland.

In seinem Vortrag bei der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN ging es um Hindernisse und Chancen auf dem Weg zu einer fahrrad- und fußgängerfreundlichen Stadt.

Für den VCD seien Staus auf den Zubringern und überfüllte Straßen in den Städten nicht unabwendbares Schicksal, sondern ein lösbares Problem. „Und zwar nicht durch immer neue Straßen“, so Lins; „die können wir uns angesichts des Flächenverbrauchs und der Klimaproblematik längst nicht mehr leisten!“

Vielmehr sei das Fahrrad das Verkehrsmittel der Zukunft: „Es ist emissionsfrei und fördert die Gesund-

heit!“ Vorstellungen, die die ungeteilte Zustimmung der Grünen Kreistagsfraktion fanden.

„Wir wünschen uns, dass der Ausbau von Radwegen, insbesondere im Rahmen der Erstellung von Velorouten im Kreis Warendorf zügig voranschreitet“, so Ursula Mindermann. „Innerorts können Fahrradstraßen attraktive Nebennetze abseits der Hauptverkehrsstraßen anbieten.“ Der Wille zu einer Förderung des Radverkehrs sei im Kreis Warendorf bei der Bevölkerung gegeben. Das habe die Online-Befragung der Bürgerinnen und Bürger im Kreis deutlich gemacht. „Damit haben wir eine gute Grundlage für unser politisches Handeln.“

Lins plädierte auch dafür, die Verpflichtung zur Nutzung separater Fahrradwege nur bei besonderer Gefährdung anzuwenden, um auf möglichst vielen Straßen in



den Städten eine gemischte Nutzung der Fahrbahnen zu ermöglichen.

Er verwies darauf, dass die Rechtsprechung inzwischen sage, die Anordnung einer Radwegbenutzungspflicht dürfe nur ausnahmsweise und nur zur Wahrung oder Erhöhung der Verkehrssicherheit erfolgen – so das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 18. November 2010 - und nicht, damit Autos unbehindert oder schneller fahren können. Insbesondere stelle der oft

angeführte unfallverhütende Entmischungsgrundsatz keinen zwingenden Aspekt dar.

Wenn es in der Großstadt Kopenhagen, wo Radfahrerinnen und Radfahrer mit dem motorisierten Individualverkehr gleichberechtigt zahlreiche Straßen benutzen, gelungen ist, den Anteil von Radfahrerinnen und Radfahrern auf 50 % zu erhöhen – Münster hat 38 % - was hindert uns daran, das auch hier verstärkt einzuführen?

Auf notwendige praktische Maßnahmen auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung im Straßenverkehr wies der Vorsitzende des VCD im Münsterland ebenfalls hin: „Parallel angeordnete Sperren auf Radwegen, die umfahren werden müssen, sollen Kinder vor herannahenden Autos schützen. Sie haben aber mit einem häufig sehr geringen Abstand voneinander eher Gefährdungspotenzial und erfüllen keine Schutz-



funktion. Vielmehr muss ein Umdenken in der Verkehrserziehung erfolgen: Nicht ‚Achtung vor Autos!‘ soll primäre Leitlinie sein, sondern: ‚Autofahrer: Achtet auf Fußgänger und Radfahrer!‘

Eine wünschenswerte gemeinsame Wegenutzung von Radfahrern und Fußgängern wird seitens Straßen NRW sowie der Landesentwicklungs- und Regionalplanung derzeit noch durch Anforderungen an Mindestbreiten erschwert. Die Mindestbreite für Radfahrwege liegt bei 1,50 m, die für eine gemischte Nutzung bei 2,50 m. Leider auch ein Hindernis für die finanzielle Förderung von Velorouten.

Es gibt viel zu tun.

b.d.

Orkotten im Wandel

Entwicklungskonzept Orkotten - Beispiel für eine ausgewogene Stadtentwicklung

Telgte wächst - ein Umstand, den wir vor einigen Jahren noch nicht für möglich gehalten haben. Doch Wachstum benötigt Platz - Platz für Wohnungen, für Infrastruktur, aber auch Platz für neue Jobs - und das in einem ausgewogenen Maße, damit Telgte eine lebendige und intakte Stadt bleibt.

Leider stehen diese Bedürfnisse oft im Gegensatz zueinander. Infrastruktur-einrichtungen wie Kitas oder Spielplätze stoßen auf den teilweise heftigen Widerstand der Anwohner*innen. Im Orkotten sollen Gewerbebetriebe - und damit Arbeitsplätze - Wohnungen weichen, die ebenfalls dringend gebraucht werden.

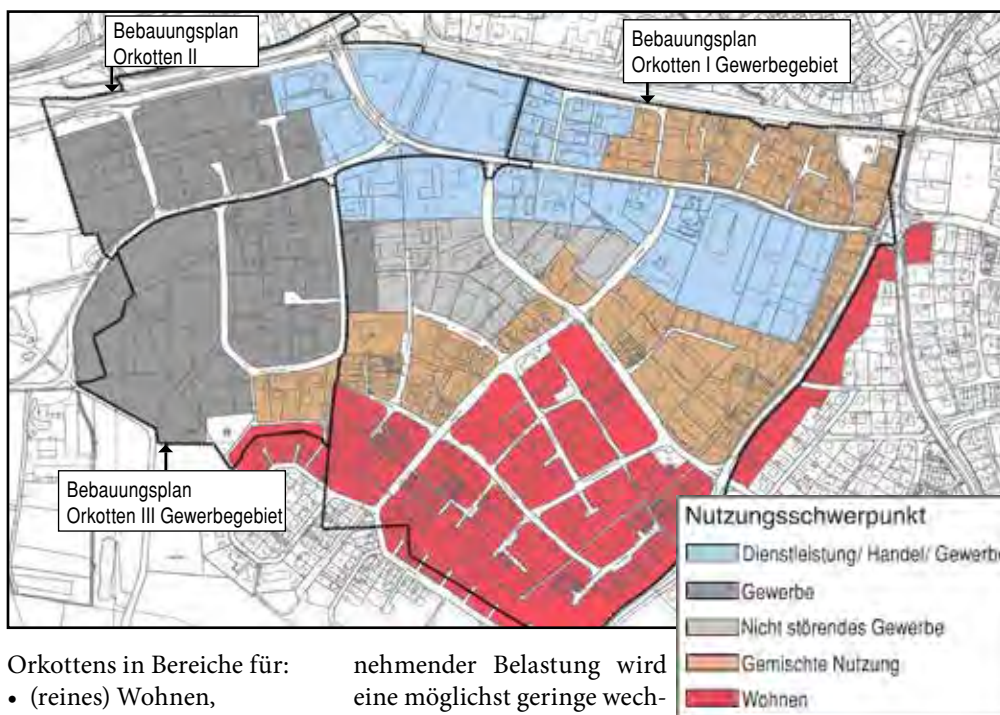
Doch der Platz ist begrenzt. Für unser Gewerbegebiet im Kiebitzpohl sind die Wachstumsmöglichkeiten auf wenige Hektar zusammengeschrumpft. Eine Verlagerung vom Orkotten in den Kie-

bitzpohl ist für viele Betriebe nicht zuletzt aus diesem Grund keine Option.

So bedarf es einer gewissenhaften Abschätzung, wie weit man/frau den Wünschen einiger Grundstückeigentümer*innen im Orkotten nachkommen darf, die ihre bislang gewerblich genutzten Grundstücke gerne der Wohnbebauung zur Verfügung stellen würden.

Auch müssen solche Änderungen im Kontext der Nachbar*innen gesehen werden, die bei einer heranrückenden Wohnbebauung zunehmende Einschränkungen für ihre gewerblich genutzten Grundstücke befürchten.

Um hier zu einer für alle nachvollziehbaren und gesteuerten Entwicklung zu kommen, hat die Politik auf Initiative der Stadtverwaltung eine generelle Festlegung für den Orkotten getroffen. Diese Festlegung unterteilt die Nutzung des



Orkottens in Bereiche für:

- (reines) Wohnen,
- gemischte Nutzung (Wohnen und Gewerbe),
- nichtstörendes Gewerbe,
- Gewerbe sowie
- Dienstleistung, Handel und Gewerbe.

Durch die abgestufte Anordnung der Bereiche ab-

nehmender Belastung wird eine möglichst geringe wechselseitige Beeinträchtigung erreicht. Mit dieser Festlegung wird zudem eine verlässliche Grundlage für alle Grundstückseigentümer*innen geschaffen, die für alle Beteiligten ihre jeweiligen Handlungsoptionen aufzeigt.

So ist ein weiterer wichtiger Schritt getan, Telgtes Wachstum mit Augenmaß zu steuern und eine Entwicklung hin zu einer „Schlafstadt“ zu verhindern.

p.s.

Dümmert verkümmert

Grünpflege fiel Haushaltseinsparungen zum Opfer

In den Haushaltsberatungen für das Jahr 2017 ist die Planung für eine Neu- und Umgestaltung des Dümmerts auf Grund von Einsparungsnotwendigkeiten auf der Strecke geblieben, obwohl die Stadtverwaltung dafür schon eine Förderung durch die Bezirksregierung erzielt hatte. Dies war ein großer Fehler.

Die Straßen an Markt und Kappellenstraße werden jetzt gestalterisch aufgewertet und weitgehend barrierefrei hergestellt. Für die Grünflächen der Stadt stehen jedoch immer weniger Gelder zur Verfügung und dies wird auch in der Gestaltung und Pflege der Flächen deutlich.

Als der Dümmert in den 80er Jahren neugestaltet



wurde, gab es noch vielfältige, schöne Staudenbeete, die dann später in den 90er Jahren durch Saisonbepflanzung ersetzt wurden.

Heute sind auch diese Beete verschwunden und pflegeleichte Rasenflächen bestimmen das Bild. Wo kein Rasen möglich ist, wie zwischen

den beiden Wegen entlang der Ems herrschen Wildkräuter mit einem großen Anteil an Brennnesseln vor.

Wir Grünen sind der Mei-

nung, dass wir in Telgte wieder mehr in die Pflege und Gestaltung unserer Grünflächen investieren sollten. Dies betrifft nicht nur den Dümmert, sondern auch den Emsauenpark, der 30 Jahre nach seiner Neuanlage schon lange nicht mehr gemäß der seinerzeitigen Zielsetzungen gepflegt und unterhalten wird.

In der letzten Sitzung des Rates hat die CDU mit einem Antrag auf das allgemein zu beobachtende Insektensterben aufmerksam gemacht. Wenn das nicht nur ein „Schauantrag“ gewesen ist, sollte sich noch in 2017 eine Mehrheit für eine Weiterentwicklung der Grün- und Naherholungsflächen in Telgte finden. *u.w.*

Der Krieg dauert an

Telgterinnen und Telgter helfen bei Integration

Ein Auf und Ab der Flüchtlingsankünfte haben wir in den letzten beiden Jahren beobachtet. Nach der großen Zahl von geflüchteten Menschen im Jahr 2015, die alle Beteiligten überrascht hat, war die Anzahl der Zuweisungen im letzten Jahr deutlich zurückgegangen.

Dies hat in den Kommunen, in den Institutionen, aber auch bei vielen Ehrenamtlichen, zu einer Verschnaufpause geführt, die von einem akuten Krisenmanagement in eine strukturierte Versorgung und Begleitung wechseln konnten.

Nicht verkennen sollte man dabei allerdings, dass diese Situation nicht mit einer Verbesserung in den Heimatländern, sondern vorrangig mit dem Schließen der Balkanroute zu tun hatte, die es vielen Menschen deutlich erschwert hat, sichere Zuflucht in Europa zu erhalten.

Es zeigt sich jetzt, dass viele lokale Entscheidungen in dieser Zeit auch in Telgte richtig waren. Unterkünfte und Wohnhäuser für geflüchtete Menschen sind hergestellt oder gebaut worden

und konnten in den letzten Monaten teilweise schon bezogen werden. Das führte zur Entlastung der häufig überbelegten Wohnsituation in den Unterkünften und den mobilen Wohneinheiten am Waldschwimmbad. Ein Integrationskonzept ist in Vorbereitung, eine neue Sozialarbeiterin hat ihren Dienst aufgenommen.

Dennoch ist es nicht ratsam, sich auf dem Status Quo auszuruhen. Wie der Stadt angekündigt worden ist, stehen nach einer längeren Pause wieder Zuweisungen von neuen geflüchteten Menschen an. Auch wenn es in der Zwischenzeit immer wieder Menschen gibt, die freiwillig in ihre Heimatländer zurückgegangen sind: Die Suche nach geeignetem Wohnraum bleibt, einige Unterkünfte standen nur zeitweilig zur Verfügung und müssen wieder geräumt werden.

Für die neuen Ankommenen ist es sehr hilfreich, wenn sich wieder Telgterinnen und Telgter ehrenamtlich in der Begleitung einbringen. Die deutsche Bürokratie und

die Organisation des Alltags sind ohne eine solche Unterstützung zumindest am Anfang kaum zu meistern.

Aber auch diejenigen, die bereits länger hier sind, haben noch einen langen Weg vor sich: Was hilft der beste Integrationskurs, wenn es immer noch unsicher ist, ob man bleiben kann? Was hilft das Üben der deutschen Sprache, wenn es keine Gelegenheit gibt, diese mit deutschsprachigen Einheimischen im Alltag auszuprobieren? Werden die Kinder zum Spielen im Nachbargarten eingeladen oder bleiben sie (zwangsläufig) unter sich?

Und doch gibt es auch die anderen Erfahrungen, die Mut machen, sich weiter in dieser großen Aufgabe auch in Telgte einzusetzen: Gemeinsame Feste und Aktivitäten von verschiedenen Telgter Vereinen; sich festigende Freundschaften; Kinder, die hier geboren worden sind – und immer wieder neue Köstlichkeiten als Gruß aus anderen Teilen der Welt.

k.m.

ZWEIRAD ROSS
WWW.ZWEIRAD-ROSS.DE
Schürenstraße 7-9 • Sassenberg • Telefon: 02583/1005

FAHRRÄDER · E-BIKES · ZUBEHÖR



GROSSE AUSWAHL & GUTER SERVICE

Einige unserer Marken

STEVENS

KOGA

SPARTA

Gazelle

KALKHOFF

GUDEREIT

Neu im Programm
Im Oktober treffen die ersten Modelle ein.

KTM
BIKE INDUSTRIES



mindermann

Augenoptik am Baßfeld

Ursula Mindermann
Dipl. Ing. für Augenoptik, IVBV, WVAO

Baßfeld 12 · 48291 Telgte · Fon 0 25 04 - 5050 · Fax - 5060
mindermann-augenoptik.de · info@mindermann-augenoptik.de